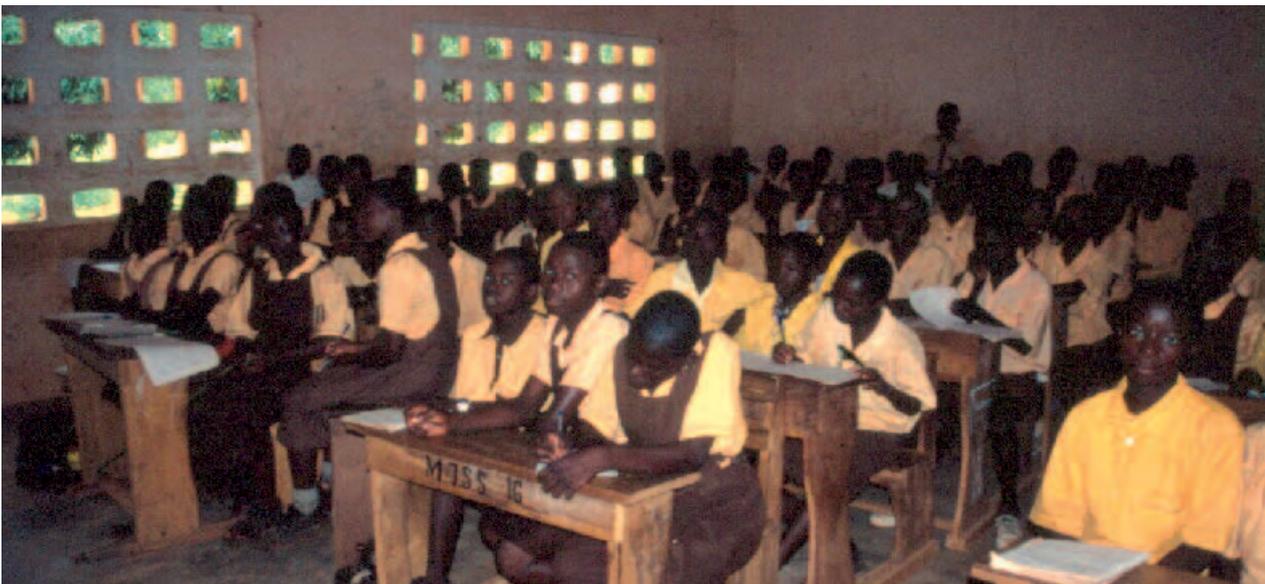


ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 5-6/2007

Ghanesische
Schulkinder

Foto: Barbara
Pflügelmayer

- 2 Der Halbzeitbericht der MDGs
- 3 Die NationalratspräsidentInnen zur Halbzeit der MDGs
- 4 Die Entmystifizierung der MDGs durch den Gender-Blick
Veronika Wittmann, Johannes Kepler Universität Linz
- 6 Entwicklungspolitische Kohärenz in der EU-Handelspolitik: mehr Rhetorik als Praxis?
Clemens Six, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
- 7 Economic Partnership Agreements (EPAs) – quo vadis?
Martin Janata, Renner Institut
- 9 EPAs – Handels- vor Entwicklungsinteressen?
Martina Neuwirth, Grüner Klub im Parlament
- 10 Paris Declaration und ihre Bedeutung für die Parlamente am Beispiel Uganda
Magda Seewald, Vienna Institute for Development and Cooperation
- 12 AWEPA - Strategien und Visionen zur Stärkung afrikanischer Parlamente
- 14 Global Governance
Petra C. Gruber, Institut für Umwelt - Friede - Entwicklung
- 16 Veranstaltung:
Politikkohärenz – vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien

Editorial



Sehr geehrte ParlamentarierInnen,

weltweite Armut zu Bekämpfen ist nicht nur eine Frage globaler Verantwortung und moralischer Ansprüche, sondern sollte auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen heraus oberste Priorität haben.

Nun liegt der Halbzeitbericht für die Erreichung der MDGs vor und zeigt klar Fortschritte, Stillstand, aber auch Rückschritte. Gerade für die ärmsten Länder der Welt im südlichen Afrika rückt die Erreichbarkeit der Ziele in weite Ferne.

Der neue UN-Generalsekretär Ban Ki Moon schreibt: „Wir wissen, dass die heutige Welt die Ressourcen und das Know-how hat, die MDGs bis 2015 zu erreichen.“

Leider haben die G8 Regierungschefs die prekäre Situation der Armen dieser Welt nicht begriffen und bei ihrem Gipfeltreffen in Heiligendamm vorherige Versprechen – vor allem Afrika betreffend – zurückgenommen, wie die UN-Kampagne-Leiterin Eveline Herfkens bedauernd feststellte.

Für die armen Länder ist es nur möglich ihre Ziele zu erreichen, wenn die Industrieländer ihren Teil der Abmachung erfüllen, im Wesentlichen: fairere Handelsbedingungen, Erhöhung der EZA-Gelder und Schuldenstreichung. Für Europa bedeutet dies eine Umsetzung kohärenter Politik v.a. im Bereich der Landwirtschaftssubventionen und Handelsbeziehungen mit Afrika.

Wir freuen uns, Sie bei der Veranstaltung zum Thema Politikkohärenz am 19.11. im Parlament begrüßen zu dürfen! Auf Seite 16 erfahren Sie mehr darüber.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

Der Halbzeitbericht der MDGs

Seit der Einführung der *Millennium Development Goals* (MDGs) auf der politischen Bühne der Globalisierung im Jahr 2000 durch die Vereinten Nationen gelten die acht Millennium-Entwicklungsziele als Rahmenwerk internationaler Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, auf das sich sowohl die Länder im Norden bei der Umsetzung ihrer entwicklungspolitischen Strategien beziehen als auch die Länder im Süden bei ihren Forderungen nach entsprechender Unterstützung.

Seit Sommer liegt nun der Halbzeitbericht der MDGs vor und zeigt ein sehr gemischtes Bild. Die Ziele können noch erreicht werden, jedoch sind die politischen EntscheidungsträgerInnen, besonders in den Industrieländern gefordert die nötigen Handlungen rasch und konkret zu setzen.

Als größten Erfolg verbuchen die Vereinten Nationen, dass der Anteil an Menschen, die in extremer Armut leben von über einem Drittel im Jahr 1990 auf weniger als ein fünftel im Jahr 2004 gefallen ist. Es wurden auch eindeutige Fortschritte erzielt bei der Reduktion der Sterblichkeitsrate von Kleinkindern und der Erhöhung der Einschulungsrate von Pflichtschulkindern in Entwicklungsländern. Auch der Anteil an Frauen in politischen Ämtern ist gestiegen und somit ihr Einfluss auf die Mitgestaltung des öffentlichen Lebens.

Diese Erfolge unterstreichen, was möglich ist, wenn entsprechende Handlungen gesetzt werden und kontrastieren somit noch mehr jene Bereiche und Regionen, in denen die Erfolge derzeit noch ausbleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig: Instabile Regierungen und gespaltene Gesellschaften, einhergehend mit mangelnder Industrialisierung und fehlenden Arbeitsmöglichkeiten und die Ausbreitung der HIV/AIDS-Epidemie. Auf der anderen Seite sind inkohärente Politik, mangelndes Engagement und

fehlende (finanzielle) Unterstützung vonseiten der Industrieländer für die unzureichenden Fortschritte bzw. Misserfolge verantwortlich.

Ein besonders hohes Risiko des Scheiterns tragen all jene Länder und Regionen, die sich in einer Konflikt- bzw. Postkonflikt-Situation befinden. Dies ist insofern bedeutsam, da ein Scheitern der Ziele eine Zunahme an Instabilität bedeutet, was wiederum die Konflikte neu beleben oder verschärfen kann. Im Halbzeitbericht der Vereinten Nationen wird auf dieses Risiko verstärkt hingewiesen, mit der Forderung, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser engen Verbindung von entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aspekten vermehrt bewusst wird und sie nicht – wie bisher üblich – getrennt voneinander behandelt.

Was sind die Voraussetzungen für die Erreichung der MDGs bis zum Jahr 2015?

Tatsächlich zeichnet sich das Bild ab, dass Erfolge überall dort erzielt werden können, wo folgende Vorbedingungen herrschen: Eine demokratisch gewählte, stabile Regierung und engagierte PolitikerInnen, die gezielt Strategien zur Umsetzung der MDGs entwickeln und dafür ausreichend finanzielle und technische Unterstützung vonseiten der internationalen Staatengemeinschaft erhalten. Zudem müssen die Länder im Norden ihre Politik so gestalten, dass sie kohärent ist mit den Maßnahmen, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden.

Während es an den Regierungen liegt, diese Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der MDGs (an) zu erkennen und entsprechend zu handeln, wird den Parlamenten die Aufgabe zuteil, die zweckmäßige Verwendung der öffentlichen Entwicklungs- und Budgethilfegelder und die Regierungen im Hinblick auf kohärente Politik hin zu kontrollieren.

Die NationalratspräsidentInnen zur Halbzeit der MDGs

Barbara Prammer, erste
Präsidentin des Nationalrates

Nehmen wir die Verantwortung wahr!



Die Millennium-Entwicklungsziele, zu denen die Vereinten Nationen heuer einen Halbzeitbericht vorgelegt haben, sind eine globale Partnerschaft, um Armut zu bekämpfen. Die Maßnahmen sind nicht auf materielles Wachstum beschränkt.

In der UN-Kampagne *No Excuse 2015* und auch von Seiten der EU wird eine Partnerschaft zwischen nationalen Parlamenten, der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden in Nord und Süd propagiert. Daher freut es mich sehr, dass wir im österreichischen Parlament im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ genau in diese Richtung tätig sind.

Die UNO fordert die Industrieländer auch auf sicherzustellen, dass ihre Handels- und Finanzmaßnahmen die Entwicklung der ärmeren Länder nicht behindern (Kohärenz). Die Parlamente in Europa müssen sich in Zukunft verstärkt der Aufgabe widmen, dies auch in der Gesetzgebung einzufordern und zu kontrollieren.

Die MDGs werden auf keinen Fall erreicht, solange die ärmsten Entwicklungsländer nicht mehr Hilfe erhalten. Auch Österreich muss sein Versprechen einer Erhöhung der Gelder für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gemäß den eingegangenen Verpflichtungen tatsächlich umsetzen.

Als Frauenpolitikerin ermutigt es mich, dass der Halbzeitbericht im Ziel drei „Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern“, leichte – wenn auch zu geringe – Fortschritte verbucht.

Ich gratuliere zudem allen Kolleginnen, die in ihren Ländern politische Positionen erringen konnten.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon stellt im Vorwort zum Halbzeitbericht fest, dass die MDGs erreicht werden können, wenn wir jetzt handeln. Dies ist eine Aufforderung an uns alle, den Kampf gegen die Armut weiterhin entschlossen zu führen.

**Michael Spindelegger, zweiter
Nationalratspräsident**

Es bleibt noch viel zu tun.

Im Jahr 2000 startete die UNO mit Formulierung der MDGs die bisher ambitionierteste Offensive im weltweiten Kampf gegen Armut, Krankheit und Ungerechtigkeit.

Die Halbzeitbilanz im Jahr 2007 fällt zwiespältig aus:

So ist laut einem UN-Bericht das Ziel, extreme Armut und Hunger bis zum Jahr 2015 zu halbieren, greifbar: 1990 mussten noch 32% der Weltbevölkerung mit dem Gegenwert von einem US-Dollar pro Tag leben, 2004 betrug deren Zahl 19%. Auch die Einschulungsquote in den Entwicklungsländern ist gestiegen, während die Kindersterb-

lichkeit weltweit abnimmt. Die Vorsorgemaßnahmen gegen Malaria wurden ausgeweitet, die Tuberkulose-Epidemie ist am Rückmarsch.



Auf der Negativseite zeigt der Bericht jedoch, dass der Verringerung der extremen Armut in Süd-, Süd- und Ostasien eine Verdopplung ihrer Rate in Westasien gegenübersteht.

Gefragt sind nun die Industriestaaten, die ihrem Versprechen, für „ausreichende Finanzierung im Rahmen der weltweiten Partnerschaft für Entwicklung“ zu sorgen, gerecht werden müssen.

Weitere Probleme betreffen die Todesrate von Frauen in Folge behandelbarer Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt, die noch lange nicht erreichte Halbierung des Anteils untergewichtiger Kinder, sowie der Anstieg der AIDS-Todesfälle. Außerdem verfügt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungsstaaten noch immer nicht über elementare sanitäre Einrichtungen.

Das Verständnis der Bevölkerung ist, wie eine aktuelle Umfrage der EU-

Kommission zeigt, vorhanden: 66% der EuropäerInnen betrachten die Verringerung extremer Armut als oberstes Ziel.

Eva Glawischnig-Pleszczek, dritte Nationalratspräsidentin

Haben wir bereits 0:8 verloren?

Auf dem Weg zum Erreichen der acht MDGs ist für die Staaten-Gemeinschaft die halbe Zeit verstrichen. Das Bild, das die UNO zeichnet, gleicht derzeit eher einem halbleeren als einem halbvollen Glas: Die Zahl der Allerärmsten ist zwar zurückgegangen, es gehen auch mehr Kinder zur Schule, ebenso geht die Kindersterblichkeit zurück, selbst bei der Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose sind Erfolge sichtbar. Soweit die Verbesserungen. Auf der anderen Seite ist die Müttersterblichkeit nach wie vor zu hoch, AIDS-Infektionen nehmen weiter zu.

Die Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist weiterhin zu gering. Und die Schere zwischen Reich und Arm öffnet sich – ein besorgniserregendes



der Nährboden für Konflikte. Es braucht daher in den Entwicklungsländern verantwortliche Parlamente, die die Regierungen kontrollieren. Die Unterstützung der KollegInnen in diesen Ländern ist mir deshalb ein großes Anliegen und unter diesem Aspekt freut mich die Kooperation zwischen dem

mosambikanischen und dem österreichischen Parlament besonders.

Und vor allem sind sämtliche Ziele, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten, insbesondere aufgrund der Versäumnisse der Industrieländer, bisher nicht erreicht worden.

Dennoch liegt die Verantwortung bei den Industrieländern: Wir müssen endlich unsere Versprechungen einhalten und die Entwicklungshilfe-Leistungen real, also ohne Zahlenkosmetik, deutlich auf mindestens 0,7% des BNE steigern. Sonst werden die Entwicklungsziele im Jahr 2015 nicht zu erreichen sein.

Im Sinne einer ökologisch nachhaltigen und friedlichen Zukunft können wir uns ein Scheitern nicht leisten!

Die Entmystifizierung der MDGs durch den Gender-Blick

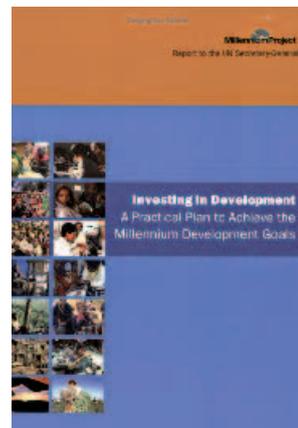
Veronika Wittmann, Johannes Kepler Universität Linz

Die Millennium-Entwicklungsziele sind nach Ansicht der Vereinten Nationen die umfassendsten Vorgaben zur Verringerung der Armut, die die Welt je aufgestellt hat. Zahlreiche MDG-Forderungen wurden bereits in Beschlüssen von Weltkonferenzen der 1990er Jahre formuliert.

In Bezug auf die Gender-Gerechtigkeit fallen sie jedoch einige Schritte zurück. Hier war das Aktionsprogramm der Weltfrauenkonferenz von Beijing wesentlich konkreter und weit reichender.

Die feministische Kritik an den MDGs

Die MDGs sind internationale Vorgaben, die an einen konkreten Zeitrahmen gebunden sind, um die extreme Armut in ihren verschiedenen Dimensionen zu reduzieren und die Gleichstellung der Geschlechter, die Bildung, die ökologische Nachhaltigkeit und die globale Zusammenarbeit zu fördern. Die Gender-Thematik wird explizit nur im Ziel 3 „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen“ angesprochen, wobei



Literaturempfehlung:
Sachs, Jeffrey (2005): Investing in Development: a Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals (UN Millennium Project), New York

der Fokus auf die Bildung, den formellen Arbeitsmarkt und die Gesetzgebung gerichtet ist.

Es ist zwar ein Erfolg der internationalen Frauenbewegung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und das *Empowerment* von Frauen als eigenes Ziel in den MDGs positioniert wurden. Trotzdem gibt es auch heftige Kritik. So finden sich die reproduktiven und sexuellen Rechte von Frauen nicht im Zielkatalog und das Massenproblem psychischer und physischer Gewalt gegen Frauen wird ausgeblendet. Frauen werden nicht primär als Rechtssubjekte angesprochen, sondern als Unterstützungsbedürftige und Zielgruppe von Investitionen.

In den drei wichtigen Zielen 4, 5 und 6 (Kindersterblichkeit senken, Gesundheit der Mütter verbessern und HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen) kommen Frauen lediglich als Mütter bzw. als von Krankheit Betroffene vor.

Für das MDG 2 (Grundschulausbildung für alle Kinder) sollen geschlechterdifferenzierte Datenerhebungen vorgenommen werden. Die MDGs 1 (extreme Armut und Hunger beseitigen), 7 (eine nachhaltige Umwelt gewährleisten) und 8 (Globale Partnerschaft) enthalten keinerlei Hinweise auf Gender-Themen und Geschlechterverhältnisse.

Die „Feminisierung der Armut“ hat viele Ursachen und Dimensionen, die weder im Ziel 1 erwähnt, noch in den

anderen sieben MDGs ausreichend erfasst werden. Die MDGs tabuisieren geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit und damit die strukturellen Ursachen von Armut gänzlich.

Die Zwischenbilanz bei der Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit

Auf dem UN-Gipfel 2005 wurde eine ernüchternde Zwischenbilanz gezogen. Insbesondere jene Ziele, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten reduzieren sollten, blieben zum großen Teil unerfüllt.

Gender-Gerechtigkeit bei der Bildung

Laut Statistiken der UNESCO (2004) sind zwei Drittel der weltweit 800 Mio. AnalphabetInnen Frauen. Von den 137 Mio. jugendlichen AnalphabetInnen sind 85 Mio. Frauen, also 63%. Gleichwohl gab es bei der Angleichung der Alphabetisierung von jungen Frauen und Männern die größten Fortschritte. Beim Verhältnis von Mädchen zu Jungen in Primarschulen wurde die Zielvorgabe nur in Ostasien und GUS-Europa erreicht, alle anderen Weltregionen befinden sich auf dem Weg der Zielerreichung oder weisen schleppende Fortschritte auf.

Gender-Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

In der formellen Wirtschaft gibt es noch immer sehr große Gender-Disparitäten. So repräsentieren nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation (ILO

2004) Frauen die Mehrheit der *Working Poor* (60%).

Gender-Gerechtigkeit in nationalen Parlamenten

Geschlechter-Parität gibt es weltweit in keinem Nationalparlament. Nur 17 Länder haben das vom UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) 1990 gesetzte Ziel von 30% oder mehr Frauenanteil bei den Abgeordnetensitzen in Nationalparlamenten erreicht. Bei den Wahlen in Ruanda 2003 wurden mit 48,8% überwältigend viele Frauen gewählt. In keinem anderen Parlament ist der Frauenanteil so hoch.

Ohne Empowerment von Frauen wird 2015 kein MDG-Ziel erreicht werden

Die MDGs bilden den Dreh- und Angelpunkt der internationalen Entwicklungspolitik. Diese und die Gleichstellung der Geschlechter sind untrennbar miteinander verbunden und müssen auch in handlungsorientierende Strategien umgesetzt werden. Das Erreichen der Ziele wird von sektorübergreifenden gender-bezogenen Maßnahmen abhängen. Eine wichtige Forderung von MitarbeiterInnen von UN-Organisationen und nationalen Entwicklungsagenturen sowie zivilgesellschaftlichen Netzwerken ist, die MDGs mit der Aktionsplattform von Beijing und der Frauenrechtskonvention *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* (CEDAW) zu verbinden. In gender-politischer Hinsicht dürfen die MDGs kein Ersatz für diese sein.



Abb. rechts außen: Feuerstelle zum Kochen vor dem Haus, Benin

Abb. rechts: Frauen und Kinder in ländlichen Strukturen, Ghana

Foto: Barbara Pflügelmayr

Entwicklungspolitische Kohärenz in der EU-Handelspolitik: mehr Rhetorik als Praxis?

Clemens Six, Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung

Die zweifache Rolle der EU

Die Europäische Union ist in Bezug auf globale Entwicklungspolitik in zweifacher Hinsicht ein entscheidender Akteur. Einerseits stellt die EU zusammen mit ihren Mitgliedstaaten mehr als die Hälfte der weltweiten Mittel öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit. Sie besitzt damit ein einzigartiges Potential, im Sinne der Armutsreduktion initiativ zu werden. Andererseits stellt die EU mit einem Anteil von 18,4% aller weltweit gehandelten Waren und 25,8% aller Dienstleistungen eine Handelsmacht dar, die noch an Bedeutung gewinnt, wenn man ihr relatives Gewicht als Handelspartner der Entwicklungsländer und insbesondere der am wenigsten entwickelten Staaten in Betracht zieht. **Kohärenz ist der politische Anspruch, beide Rollen der EU – sowohl die des entwicklungspolitischen Akteurs als auch des bestimmenden Faktors des Welthandels – widerspruchsfrei zu**

gestalten und die handelspolitischen Maßnahmen entsprechend mit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen abzustimmen. Die dabei auftretenden Interessenskonflikte als Hauptursache von Inkohärenz sind eine massive politische Herausforderung, die bislang nur in Ansätzen gelöst wurde.

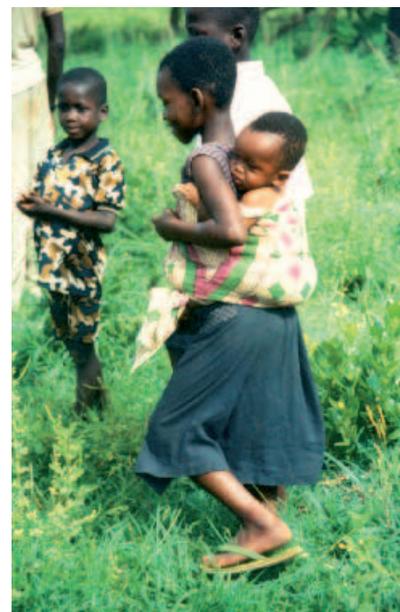
Das Problem in der Praxis

Um dem entwicklungspolitischen Problem der Kohärenz in vollem Umfang gerecht zu werden, muss Handelspolitik in einer etwas erweiterten Form verstanden werden und Agraraußenhandel genauso mit einschließen wie etwa den Außenhandel mit Rüstungsgütern. Erstes Beispiel ist die europäische Landwirtschafts- und Fischereipolitik. **Die Agrarsubventionen der EU verursachen nicht nur handelsverzerrende Effekte im Süden und damit enorme Kosten – nach einer Berechnung der Weltbank belaufen sich diese auf ein Viertel aller**

EZA-Mittel – , sondern heben zudem positive Effekte der Entwicklungszusammenarbeit auf. In Westafrika wurden ganze Agrarsektoren durch den künstlichen Handelsvorteil der europäischen Importeure zerstört und die ohnehin fragilen Versorgungsstrukturen weiter geschwächt. Gleichzeitig finanziert die EU auf Projektbasis landwirtschaftliche Entwicklung, die die Eigenversorgung der Region stärken soll. Die Fischereipolitik der EU, die sich Sonderfangrechte im Küstenbereich zahlreicher, u.a. auch west-afrikanischer Staaten gesichert hat, entzieht den lokalen Fischern die Lebensgrundlage, während einzelne EU-Staaten in der gleichen Region bilaterale Entwicklungsprojekte in der Küstenfischerei finanzieren. Ein weiteres zentrales Problem von Entwicklung sind die zahlreichen bewaffneten Konflikte zwischen und innerhalb der Entwicklungsländer. Eine wesentliche entwicklungspolitische

Kinder aus Bauernfamilien, Ghana. Durch hochsubventionierte Agrarimporte aus Europa wurden ganze Agrarsektoren in Westafrika zerstört und die lokalen Versorgungsstrukturen geschwächt

Fotos: Barbara Pflügelmayer



Zielsetzung ist daher die Prävention von Gewalt und der Wiederaufbau nach Konflikten. Insbesondere im Zuge der internationalen Aufmerksamkeit für Sicherheitsfragen haben diese Felder der Kooperation auch seitens der EU zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig stammten 2005 89% aller Rüstungsexporte in Entwicklungsländer aus nur fünf Staaten, unter denen sich drei europäische befinden: Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Diese widersprüchliche Politik der EU setzt sich auf multilateraler Ebene fort. 1995 war die EU zusammen mit den USA die treibende Kraft bei der Einführung des TRIPS-Abkommens (*Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights*) im Rahmen der WTO, das geistige Eigentumsrechte auf eine entwicklungspolitisch bedenkliche Art und Weise schützt. Trotz einer Korrektur im Jahr 2001 führt das Abkommen dazu, dass die Versorgung von AIDS- oder Blutkrebspatienten mit erschwinglichen Generika in Entwicklungsländern ge-

fährdet ist. Gleichzeitig ist die EU der größte Finanzier des Global Fund to Fight HIV/AIDS.

Lösungsansätze

Die EU tritt bei multilateralen Handelsverhandlungen etwa in der WTO nicht (nur) als entwicklungspolitischer Akteur auf, sondern in erster Linie als Vertretung ihrer dominanten Interessensverbände, zu denen vor allem der Agrar- und Handelssektor gehört. Eine Zwischenbilanz der EU-Kommission zur rascheren Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele 2005 sah beispielsweise lediglich vor, sich zu „bemühen, den Grad der Handelsverzerrungen“ im Agrarbereich „möglichst niedrig zu halten“. Beim Handel sieht das Kohärenz-Arbeitsprogramm (2006) zwar den armutsorientierten Abschluss der Doha-Runde und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements – EPAs*) vor, die realen Entwicklungen gehen seither aber in eine andere Richtung. Es überwiegen

bislang exportorientierte Handelsliberalisierungen, deren konkrete Ausgestaltung entweder überhaupt nicht oder nur mangelhaft auf lokale entwicklungsrelevante Erfordernisse abgestimmt ist. Die EU nimmt bislang die oben angeführten, sehr teuren Widersprüche ihrer eigenen Außenbeziehungen in Kauf, um die unterschiedlichen Interessensgruppen in ihrem Inneren entsprechend zu bedienen und gleichzeitig multilaterale Verpflichtungen zur (symptomorientierten) Armutsbekämpfung zu erfüllen.

Echte Politikkohärenz verlangt einen Maßnahmenkatalog, der die Koordination zwischen sämtlichen relevanten politischen Institutionen der EU ebenso stärkt wie deren analytische Kapazitäten. Die unverzichtbare Rahmenbedingung all dessen ist aber die Entscheidung der politischen Interessensfrage, die wie in den erwähnten Beispielen nur ein „Entweder-oder“ sein kann.

Economic Partnership Agreements (EPAs) – quo vadis?

Martin Janata, Renner Institut

1975 begann mit dem in Kraft treten des ersten von insgesamt vier Lomé-Abkommen die institutionalisierte Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den heute 79 Mitgliedern der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik). Seit 2000 ist das bis 2020 gültige Abkommen von Cotonou der bestimmende Rahmen für die Zusammenarbeit der beiden Staatengruppen.

Eine der umstrittensten Neuerungen des Cotonou-Abkommens ist der darin enthaltene Plan bis Ende des Jahres WTO-kompatible Handelsabkommen, die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), mit den AKP-Staaten

abzuschließen. In diesen Abkommen müssen die Vertragsparteien bis Jahresende darin übereinkommen, welche Produkte und Dienstleistungen in welchem Zeitraum liberalisiert werden. Notwendig wurde eine neue Art von Handelsübereinkommen deshalb, weil das derzeitige nicht den WTO-Regeln entspricht. 1995 wurde zwischen den Mitgliedsstaaten der WTO und der EU vereinbart, dass die EU dieses System bis Ende 2007 aufrecht erhalten darf und dann WTO-konforme Lösungen anbieten muss.

Der Abschluss der EPAs ist rein prinzipiell eine Sollbestimmung. Staaten, die

Ende 2007 keine EPAs unterzeichnen, würden dann unter das Allgemeine Präferenzsystem der EU fallen. *Least Developed Countries* (LDCs) könnten unter der *Everything but Arms Initiative* (EBA) weiterhin alle ihre Produkte, mit Ausnahme von Waffen und Munition, zollfrei in die Union einführen.

EPAs als Entwicklungsabkommen?

Die EU hat immer wieder betont, dass es sich bei den EPAs nicht um reine Handelsabkommen, sondern auch um Entwicklungsabkommen mit dem Ziel der Armutsreduzierung handelt. EPAs würden der Förderung der regionalen Integration und des Süd-Süd-Handels

dien und der wirtschaftlichen Situation der AKP-Staaten in einer globalisierten Welt viel dienlicher sein als präferenzielle Systeme, die bislang ohnehin nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben, so die Hauptargumente der EU.

Neben dem Argument, dass die Abkommen zwischen ungleichen Partnern verhandelt und der stärkere Partner dadurch meist begünstigt wird, lassen auch die Argumente der EU Zweifel im Hinblick auf die entwicklungspolitische Wirkung der EPAs aufkommen.

Regionale Integration

Die EU verhandelt EPAs mit sechs Staatengruppen – einer karibischen, einer pazifischen und vier afrikanischen. Gerade in Afrika wurde bei der Zusammensetzung der Staaten allerdings kaum auf die in der Region bereits bestehenden Wirtschaftsbündnisse Rücksicht genommen. Länder, die grundsätzlich bereit wären gegenüber ihren Nachbarn oder regionalen Partnern Bereiche zu liberalisieren, müssten das im Falle der EPAs dann auch für die Produkte aus der Europäischen Union machen.

Die regionalen Gruppen könnten dadurch in zwei Gruppen zerfallen: jene, die gewillt sind gegenüber der EU zu liberalisieren und jene, die sich dagegen

aussprechen. Zusätzlich sind alle Gruppen aus LDCs und Nicht-LDCs zusammengesetzt.

Integration in den Welthandel

Seit den 80er Jahren nimmt der Handel zwischen der EU und den AKP ständig ab. Die EU argumentiert daher, dass das Präferenzsystem der Lomé-Verträge zur Verschlechterung des Handels und der Integration in den Welthandel der AKP beigetragen hätte. Bei näherer Betrachtung sieht man allerdings, dass das nur auf die LDCs zutrifft, die einen hohen Anteil innerhalb der AKP Gruppe ausmachen. Die meisten LDCs sind in Subsahara Afrika zu finden, eine Region die sich, verglichen mit anderen, am schlechtesten entwickelt hat.

Die Nicht-LDCs unter den AKP-Ländern haben sich allerdings genauso gut oder schlecht entwickelt wie vergleichbare Staaten, die nicht das präferenzielle System der EU genießen. Für diese Staaten brachten die Präferenzen also keine Nachteile und das Argument, dass die EPAs zu mehr und besseren Handel führen sollten ist anzuzweifeln.

Für die LDCs ist es ebenso fragwürdig, ob eine Öffnung die negativen Tendenzen tatsächlich umzukehren vermag.

Abgesehen davon haben LDCs ohnehin wenig Anreiz EPAs zu unterzeichnen, da für sie weiterhin die EBA-Initiative gelten wird. Zusammengefasst gibt es also keinen klaren Beleg dafür, dass EPAs die Handelsbilanzen der AKP verbessern können.

Was kommt?

Momentan liegen aus keiner der Verhandlungsgruppen Zeitpläne und Listen von zu liberalisierenden Bereichen vor. Sollten bis Jahresende keine Abkommen unterschrieben werden, könnte das vor allem Nicht-LDCs Probleme bereiten, das sie mit einem Anwachsen der Zollbelastungen (teilweise über 25%) rechnen müssten. Namibia, das besonders stark unter dem Allgemeinen Präferenzsystem der EU leiden würde, müsste z.B. vier Mal mehr an Abgaben an die EU zahlen, als es über EuropeAid erhielte.

Es wäre höchst an der Zeit über Alternativen für 2008 nachzudenken.

Von einer Verlängerung des Aufschubs bei der WTO bis hin zum Abschluss von einem Rahmen-EPA, das lediglich den weiteren Fahrplan und einen Zeithorizont für die konkreten Verhandlungen festlegt, könnten Möglichkeiten – wenn auch nicht viele – gefunden werden.

EPA Verhandlungsgruppen und Mitgliedstaaten

Karibik (15)	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Domenikanische Republik, Grenada, Guyana, <i>Haiti</i> , Jamaika, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago
Zentralafrika (7)	Kamerun, <i>Zentralafrikanische Republik</i> , Tschad, Republik Kongo, <i>Äquatorial Guinea</i> , Gabun, <i>São Tomé and Príncipe</i>
Ost- und Südafrika (16)	<i>Burundi</i> , Komoren, <i>Demokratische Republik Kongo</i> , Djibouti, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Ruanda, Seychelles, Sudan, Uganda, Sambia, Zimbabwe
Pazifik (14)	Cook Inseln, Fed. Mikronesien, Fiji, <i>Kiribati</i> , Marshall Inseln, Nauru, Niue, Palau, Papua Neu Guinea, Samoa, <i>Solomon Islands</i> , Tonga, Tuvalu, Vanuatu
SADC-minus (7)	<i>Angola</i> , Botswana, Lesotho, <i>Mosambik</i> , Namibia, Swaziland, <i>Tansania</i>
Westafrika (16)	<i>Benin</i> , Burkina Faso, Kap Verde, Côte d'Ivoire, <i>Gambia</i> , Ghana, Guinea, <i>Guinea Bissau</i> , Liberia, Mali, <i>Mauretaniien</i> , Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo

kursiv geschriebene Staaten sind LDCs

EPAs: Handels- vor Entwicklungsinteressen?

Martina Neuwirth, Grüner Klub im Parlament



V.l.n.r.
Anton Mair,
Tsiguereda
Waleign, Modera-
torin Karin
Küblböck,
Eric Dombou,
Martin Bartenstein,
Ulrike Lunacek

Foto: Die Grünen/
Barbara Macek

Auf Einladung der Grünen fand am 18. Juni 2007 im Parlament eine Veranstaltung zu den EPAs statt.

Eric Dombou aus Senegal (*Global Young Greens*) forderte einen Verhandlungsstopp. Ein faires Ergebnis wäre nicht zu erwarten. Zunächst sollte die regionale Integration sowie die agrarische und industrielle Entwicklung in den AKP-Ländern gefördert werden. Die EU sollte die Bereitstellung von EZA-Mitteln nicht mit den EPA-Verhandlungen verknüpfen.

Laut Tsiguereda Waleign aus Äthiopien (Grüne Fraktion im EU-Parlament) hätten die afrikanischen Bauern gegen die hochsubventionierten EU-Produkte keine Chance. Die AKP-Länder würden im EPA-Anpassungsprozess bisher nicht genügend unterstützt.

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein meinte, dass es ein Nebeneinander von Freihandel, Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen geben müsse. Bei den EPAs stehe die Entwicklung im Vordergrund. Verbesserungen sollten aufgenommen werden, aber ein „Zurück an den Start“ sei nicht möglich.

Anton Mair von der EZA-Sektion des Außenministeriums meinte, die EPAs könnten die regionale Integration fördern. Er sprach sich u.a. für lange Übergangsfristen und Schutzklauseln aus.

Ulrike Lunacek, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, kritisierte, dass die Parlamente und die Zivilgesellschaft an der Diskussion über die EPAs bisher nicht ausreichend beteiligt wurden. Die zentrale Frage sei, was die Abkommen

wem unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung in den AKP-Ländern bringen. Sie forderte u.a. eine Verlängerung des Verhandlungszeitraums, die Etablierung von *Safe Guard*-Mechanismen sowie einen Mitsprache- und Monitoring-Mechanismus.

Einen umfassenden Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter: www.gruene.at/aussenpolitik/artikel/lesen/17012/



V.l.n.r. Martin
Bartenstein
Tsiguereda
Waleign, Eric
Dombou, Anton
Mair, Eva
Glawischig-
Piesczek

Foto: Die Grünen/
Barbara Macek

Paris Declaration und ihre Bedeutung für die Parlamente am Beispiel Uganda

Magda Seewald, Vienna Institute for Development and Cooperation

Im März 2005 verabschiedeten Regierungen von Geber- und Empfängerländern (darunter auch 17 OEZA-Partnerländer) zusammen mit VertreterInnen multinationaler Institutionen sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen die *Paris Declaration on Aid Effectiveness*.

Sie bekundeten damit die Absicht, die Modalitäten der Abwicklung und Verwaltung der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu reformieren, um damit einen weiteren Schritt zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) zu setzen. Ziel der *Paris Declaration* ist es, die Defizite der Entwicklungshilfe zu beheben, die Transaktionskosten zu senken und dabei die Eigenverantwortlichkeit der Empfängerländer (= Partnerländer) zu stärken. Die Deklaration beruht auf fünf Partnerschaftsverpflichtungen.

Was bedeuten diese fünf Verpflichtungen der Paris Declaration für die nationalen Parlamente der Partnerländer?

1. Eigenverantwortung

Die Partnerländer verpflichten sich, die Führungsrolle bei der Konzipierung und Umsetzung der nationalen Entwicklungsstrategien sowie die Koordination der EZA-Leistungen zu übernehmen.

Die Geberländer ihrerseits haben diese Führungsrolle der Partnerländer zu respektieren und deren Kapazitäten zur Wahrnehmung dieser Funktion zu stärken. Betrachtet man die Rolle des ugandischen Parlaments bei der Erstellung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie (*Poverty Eradication Action Plan* – PEAP) kann diese nur als marginal bezeichnet werden: Die offizielle Verabschiedung des Dokuments erfolgt durch das Kabinett. Einzelne Abgeordnete oder Komitees werden zu Konsultationen herangezogen, eine offizielle Debatte im Parlament zum PEAP hat es bisher aber nicht gegeben. Anders stellt sich die Involvierung des ugandischen

Parlaments im Budgetprozess dar. 2001 wurde der *Budget Act* verabschiedet, der dem Parlament eine wesentliche Rolle im Budgetprozess einräumt.

2. Partnerausrichtung

Die Geber verpflichten sich ihre Strategien denen der Partnerländer anzupassen und gegebenenfalls den Aufbau nationaler Institutionen und Verfahren vor allem im öffentlichen Finanzsektor durch Kapazitätenbildung zu unterstützen.

Neben einem neuen Vergabegesetz wurde in Uganda auch ein parlamentarisches Budgetbüro geschaffen. Es soll das Parlament in seiner Kontrollfunktion im Budgetprozess stärken. Trotz dieser Neuerung stellt die mangelhafte institutionelle Ausstattung immer noch ein Problem dar. So verfügen meist nur die Vorsitzenden der Komitees über einen Internetzugang während sich der Großteil der Abgeordneten einige Com-



puterplätze in der Parlamentsbibliothek teilen muss. Der neu überarbeitete Investitions- und Entwicklungsplan des Parlamentes sieht nicht nur zusätzliche Investitionen im EDV-Bereich, sondern auch eine Verstärkung der Forschungsabteilung vor.

3. Harmonisierung

Harmonisierung bedeutet in erster Linie eine Abstimmung der Geberstrategien in Bezug auf die öffentliche Entwicklungshilfe.

Gleichzeitig sollen Aktivitäten vermieden werden, die dem Aufbau nationaler Institutionen entgegenwirken. Geberpolitiken, vor allem die der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, haben bisher eher zu einer Schwächung der Parlamente beigetragen, da sie weit mehr auf Regierungen konzentriert waren. In Uganda haben die Geber in den letzten Jahren ihre Strategien verstärkt harmonisiert und mit der Regierung abgestimmt – meist in Form von Budgethilfe. Allerdings haben internationale Bedenken über die politische Entwicklung in Uganda zu einer Reduktion dieser Mittel geführt. Hier wurde die Schwäche des Parlaments offensichtlich, da es einer Aufhebung der Amtszeitbeschränkung des Präsidenten zustimmte. Gleichzeitig kam es, auch aufgrund internationalen Drucks, zur Abhaltung eines Referendums für die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems.

4. Ergebnisorientiertes Management

Die Partnerländer verpflichten sich, einen ergebnisorientierten Berichterstattungs- und Evaluierungsrahmen zu schaffen, während die Geberländer ihre Programmgestaltung und Ressourcen mit diesen Ergebnissen verknüpfen sollten.

Die ugandische Regierung hat zu diesem Zweck eine nationale integrative Monitoring- und Evaluierungsstrategie entwickelt. Die Erkenntnisse aus dieser Evaluierung sollen im jährlichen Regierungsfortschrittsbericht auch dem Parlament vorgelegt werden.

5. Gegenseitige Rechenschaftspflicht

Sie sieht vor, die Rolle der nationalen Parlamente in den Partnerländern bei der Festlegung der nationalen Entwicklungsstrategien und -budgets zu stärken.

Besonders in Zeiten wachsender öffentlicher Entwicklungs- und Budgethilfe sind starke Parlamente essentiell für ein funktionierendes System von *Checks and Balances*. Aber die Parlamente in den Partnerländern sind häufig zu schwach und ineffizient, um diese Funktion zu erfüllen, so auch in Uganda. Ein Jahr nach Wiedereinführung des Mehrparteiensystems befinden sich die Abgeordneten noch immer in ei-

ner Umstellungsphase. Erst der im Juni 2007 fertig gestellte Investitions- und Entwicklungsplan sieht gezielte Schulungen für Abgeordnete im Hinblick auf diese Änderung vor.

Zurzeit müssen sich vor allem die Mitglieder des regierenden *National Resistance Movement* (NRM) erst an die Parteidisziplin gewöhnen (es gibt bereits erste Fälle von parteiinternen Verfahren gegen AbweicherInnen), während die Abgeordneten der Opposition mit einer überragenden Regierungsmehrheit im Parlament zu kämpfen haben.

Positiv ist hier anzumerken, dass verfassungsgemäß sämtliche Komitees, die eine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive haben, generell von einem Mitglied der Opposition geleitet werden müssen, dennoch hat die Regierungspartei in jedem dieser Komitees die Mehrheit.

Auch wenn sich die *Paris Declaration* vorwiegend auf Regierungen konzentriert, sollten im Sinne von *Good Governance* die Parlamente nicht umgangen sondern – im Gegenteil – gestärkt werden.



Sprüche auf der Außenwand der Electoral Commission in Kampala, Uganda

Fotos: VIDC/
Magda Seewald

AWEPA – Strategien und Visionen zur Stärkung afrikanischer Parlamente

„The presence of strong parliaments is a fundamental precondition for any well functioning, open and free society. Therefore, empowering parliaments is a good way to promote a democratic society.“

Dr. Jan Nico Scholten, Präsident von AWEPA

AWEPA (*Association of European Parliamentarians for Africa*) arbeitet schon seit über 20 Jahren daran, Afrika auf der politischen Tagesordnung Europas zu halten und afrikanische Staaten in ihren Demokratisierungsbemühungen zu unterstützen.

Die Arbeitsschwerpunkte von AWEPA haben sich vom Kampf gegen die Apartheid – das ursprüngliche Mandat der Organisation – in Richtung Parlamentsförderung verlagert und sich dabei den aktuellen politischen Veränderungen angepasst. Geblieben ist die Überzeugung, dass Europa verpflichtet ist den afrikanischen Staaten als Partner bei ihren Demokratisierungsbemühungen und beim Aufbau eines funktionierenden parlamentarischen Systems zur Seite zu stehen.

Die aktuellen Programme und Projekte von AWEPA unterteilen sich in folgende Bereiche:

1. Capacity Building für afrikanische Parlamente

Besonders mit Mosambik verbindet AWEPA eine Beziehung, die bereits in den frühen 90er Jahren ihren Ursprung hat, als sich das Land nach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg neu zu konstituieren versuchte und erste Schritte in Richtung Demokratisierung und Aufbau eines Rechtsstaates unternahm. In dieser Zeit war AWEPA die einzige Organisation, die in Mosambik in diesem Bereich arbeitete und mit mosambikanischen NGOs und der Gewerkschaft versuchte Demokratisierungsprogramme zu entwickeln.

Im Rahmen der ersten freien Wahlen 1994 wurden umfassende Bildungsprogramme für die Zivilbevölkerung angeboten, um Themen wie Friedenssicherung, Versöhnung, Menschenrechte und

Demokratisierung mit den Menschen zu diskutieren und ihre Bedeutung für die zukünftige soziale Entwicklung des Landes und seiner Menschen aufzuzeigen. Weiterführend wurden Seminare zu den Themen Mehrparteiensysteme, Verfassung oder Vorträge zu Rechten und Pflichten von StaatsbürgerInnen in einem Demokratisierungsprozess organisiert.

Zunehmend wurden auch das Parlament, die politischen Parteien, lokale Regierungen und die Medien in die Programme miteinbezogen. AWEPA stellt zudem regelmäßig WahlbeobachterInnen sowohl für die Dauer der Wählerregistrierung als auch für den Wahlgang bereit.

Seit 1998 wurde der Schwerpunkt der Arbeit auf die Stärkung des Parlaments gelegt und auf die Unterstützung der lokalen Regierungen. Auch die Themenfelder Gleichberechtigung der Frauen und HIV/AIDS fanden ihren Niederschlag durch die Unterstützung von Frauennetzwerken und *Empowerment Workshops* sowie durch Programme, die die Sensibilisierung von Abgeordneten zum Thema AIDS-Waisen zum Ziel haben.

2007 feierte AWEPA Mosambik mit einer prominent besetzten Konferenz sein 15-jähriges Bestehen.

2. Aufbau von AWEPA Sektionen in europäischen Parlamenten

AWEPA hat über die Jahre ein breites Netzwerk von ParlamentarierInnen aufgebaut.

Das Team von AWEPA Mosambik mit Büroleiter Angelo Matusse (2. von rechts)



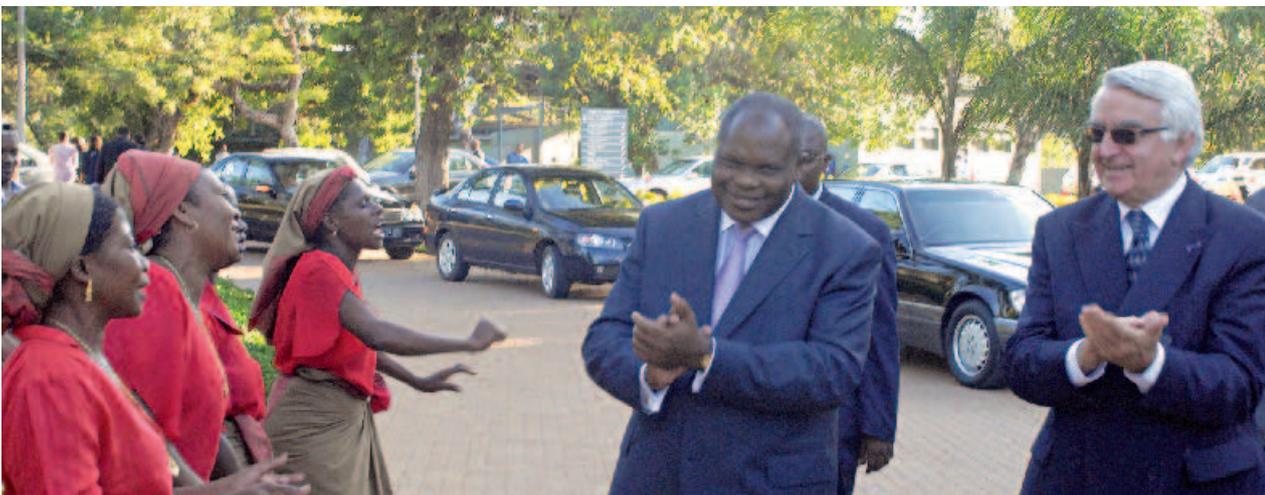
Auch im österreichischen Parlament wird derzeit im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ am Aufbau einer AWEPA-Sektion gearbeitet, die derzeit 39 Mitglieder umfasst, zu denen u.a. die drei NationalratspräsidentInnen zählen.

Die Aufgaben der AWEPA-Mitglieder sind es, Themen der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd Kooperation ins Parlament zu bringen, parlamentarische Anfragen zu diesen Themenbe-

wichtige europäische Institutionen wie die OECD, die Europäische Kommission oder die *ACP-EU Joint Parliamentary Assembly* als Partner zu gewinnen.

Als erstes Ergebnis dieser Bemühungen können zwei Resolutionen des EU-Parlaments angesehen werden, die sich mit der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und mit der Problematik der AIDS-Waisen auseinandersetzen.

um diese zu verbessern und die neuen Programme ausgehend von den *Lessons Learned* zu konzipieren. Des Weiteren wird dadurch auch die entwicklungspolitische Diskussion vorangetrieben. 2006 startete AWEPA ein Pilotprogramm mit zwei Forschungsschwerpunkten, dem *European Development Policy Tracking Mechanism* auf europäischer Seite und dem AWEPA-NCGAP (*NEPAD Contact Group of African Parliamentarians*) Parliamentary ODA Mo-



Eduardo Joaquim Mulémbwè, Präsident des mosambikanischen Parlaments und Jan Nico Scholten, AWEPA Präsident

reichen zu stellen und Resolutionen in Bezug auf diese Themen zu erwirken. Die AWEPA-Zentrale in Amsterdam informiert ihre Mitglieder über einen elektronischen Newsletter regelmäßig über aktuelle Arbeitsschwerpunkte und Projekte.

Weiters werden jedes Jahr im Rahmen der EU-Präsidentschaften mit finanzieller Unterstützung des Vorsitzlandes *EU Presidency Seminars* zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen und Politikstrategien abgehalten.

Während der EU-Präsidentschaft Österreichs wurde im Mai 2006 eine von der ADA finanzierte Konferenz zum Thema *The New European Union and the New EU Strategy for Africa* in Kapstadt abgehalten (siehe Newsletter 01/2006). Anfang Oktober findet das *EU (German) Presidency Seminar Parliamentary Oversight and Budget Control* in Benin statt.

Neben der Arbeit mit Abgeordneten versucht AWEPA zunehmend auch

3. Thematische Programme

Derzeit beschäftigt sich AWEPA mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Kinder und AIDS: in Zusammenarbeit mit UNICEF wurde eine Kampagne gestartet, die Abgeordnete informiert und Handlungsvorschläge anbietet, die die Problematik von AIDS-Waisen verringern sollen.
- Demokratisierung in der Region der Großen Seen: AWEPA bietet *Trainings* und Seminare für Abgeordnete zum Demokratisierungsprozess in dieser Region und zu den Strategien zur Armutsreduzierung an.
- Mobilisierung von ParlamentarierInnen in Europa und in Afrika für NEPAD und die Erreichung der MDGs.

4. Forschung

AWEPA führt Forschungsprojekte zur Evaluierung ihrer Programme durch,

nitoring auf afrikanischer Seite. Ziel dieses Programms ist es, im Rahmen einer parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen dem Geberland und dem Empfängerland den Weg und die zweckmäßige Verwendung des Geldes vom Geber bis zum endgültigen Empfänger im Entwicklungsland zurück zu verfolgen und kontrollieren zu können.

Die Arbeit von AWEPA ist umfassend, vielfältig und basiert auf dem Engagement seiner Mitglieder.

Bei Interesse an einer AWEPA-Mitgliedschaft wenden Sie sich bitte an die Projektleiterin des Parlamentarischen Nord-Süd Dialoges, NR a. D. Inge Jäger (0664/5049833) oder schreiben Sie ein Mail an kepplinger@nordsued-dialog.org

Global Governance

Plädoyer für eine Stärkung der politischen Gestaltungskraft und für ein individuelles Verantwortungs-Bewusstsein

Petra C. Gruber, Institut für Umwelt - Friede - Entwicklung

Klimawandel, Terroranschläge, überfüllte Flüchtlingslager an den Grenzen Europas. Mit der im Zuge gesunkener Transport- und Kommunikationskosten beschleunigten Globalisierung haben sich auch die Probleme und Risiken globalisiert. Über die konventionelle nationalstaatliche Macht- und Interessenpolitik können die „glokalen“ Herausforderungen wie Armut, kriegerische Auseinandersetzungen, Migration, Umweltzerstörungen, Krankheiten und grenzüberschreitend organisiertes Verbrechen nicht bewältigt werden.

Global Governance ist gefragt. Dabei geht es nicht bloß um das Setzen neuer Rahmenbedingungen und die verdichtete Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, sondern um ein neues Politikmodell überhaupt – einen breit angelegten, dynamischen Prozess der Koordination, Konsens- und Entscheidungsfindung.

Global Governance impliziert demnach keine weltstaatliche Autorität oder

Weltregierung, sondern entspricht vielmehr der bereits von Kant anvisierten Weltföderation – einer multilateralen Kooperationskultur eines transnationalen Netzwerkes aus staatlichen AkteurenInnen, VertreterInnen der Konzerne und Finanzmärkte, Nicht-Regierungsorganisationen, Kirchen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Medien.

Nationalstaaten werden dadurch keineswegs obsolet, sondern bleiben Hauptakteure; ihrem Souveränitätsverzicht folgt ein Zugewinn an gemeinsamer Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit. Da sich *Top-down*-Problemlösungen in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen haben, baut *Global Governance* gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf den sich weltweit formierenden regionalen Kooperationskernen auf.

Im Kontext globaler Interdependenzen steht auch die Entwicklungszusammenarbeit und -politik vor neuen Anforderungen. Neben der chronischen

Unterfinanzierung gibt es erhebliche Umsetzungsdefizite, denen beispielsweise durch verbesserte Koordination, Kooperation und Kohärenz der OECD-Länder, Konzentration auf Schwerpunktbereiche, eine situationsbedingte Ausrichtung entsprechend den Prioritäten der Partnerländer und Kriterien der Nachhaltigkeit sowie der Respektierung des *Ownership*-Prinzips als auch der Stärkung der Problemlösungskapazitäten bzw. Handlungsfähigkeit der Staaten und nicht zuletzt durch Unterstützung regionaler Kooperationen begegnet werden soll.

Ohne eine Änderung der herrschenden weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen bleiben die Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zur Beseitigung von Armut und Elend nur Symptombekämpfung. Über die Förderung endogener Entwicklungspotentiale hinaus geht es heute auch um Strukturpolitik. Insbesondere ohne Mitwirkung der dynamisch

IUFE-Veranstaltung zu Global Governance

Foto: IUFE



wachsenden Länder wie China, Indien, Brasilien, Südafrika, Malaysia und Indonesien kann es keine Lösung globaler Umweltprobleme und keine stabile Friedensordnung geben.

Allerdings stehen der erforderlichen Kooperationskultur unterschiedliche

sichtigung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Ausgleich und ökologischer Verträglichkeit in Zeit und Raum verlangt allen Gesellschaften Bewusstseins- und Verhaltensänderungen ab. Durch unser Konsum- und Freizeitverhalten tragen wir die Mit-Verantwortung für unsere Umwelt, für die

internationaler Interessenausgleich liegen im „wohlverstandenen“ Eigen-, ja Überlebensinteresse.

Den entwicklungspolitischen Herausforderungen und Perspektiven von *Global Governance* widmete sich die Tagung „Globale Verantwortung“ des



IUFE-Veranstaltung zu Global Governance. V.l.n.r. Franz Nuscheler, Tanja Brühl, Moderatorin Veronika Seyr, Bernhard Mark-Ungericht, Sven B. Gareis, Dirk Messner, Franz Glaser

Foto: IUFE

Interessen und Machtasymmetrien entgegen. So ist der Unilateralismus der USA bzw. die Hegemonie der G7/8 mit einer gleichberechtigten Partnerschaft unvereinbar. Zwischen den hohen Zielen und dem entsprechenden Handeln klafft eine große Lücke. Eine wirksame Politik in Richtung Zukunftsfähigkeit ist freilich auch eine Frage der dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen. Der wachsende Problemdruck wird wohl ein Umdenken erzwingen.

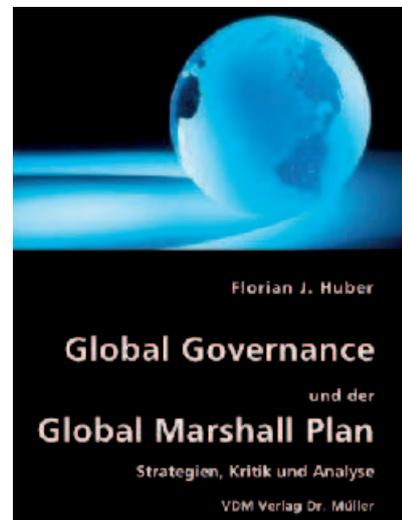
Neben allgemein akzeptierten, verbindlichen Regelwerken und Verfahrensregeln braucht es ein Fundament an gemeinsamen Werten und Handlungsprinzipien, die mit den Menschenrechten und dem Weltethos vorliegen. Dialog, Empathie und gegenseitiger Respekt sind die Säulen einer Kultur des Friedens in einer vielfältigen Welt.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit, also die integrative, gleichwertige Berücksichtigung

Möglichkeiten unserer Kinder und für die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt. Letztlich ist damit auch die Chance für mehr Lebensqualität verbunden, eine neue Form von Wohlstand, der zudem die geistige Entwicklung und das seelische Gleichgewicht impliziert.

Einfach zusammengefasst geht es darum, den globalen Wandel politisch zu gestalten – die Chancen der Globalisierung für alle Menschen und die Natur zu optimieren, ihre Risiken zu minimieren und existierende Fehlentwicklungen zu korrigieren. Franz Nuscheler, einer der Väter des *Global Governance*-Konzepts, wird nicht müde zu betonen, dass es sich dabei um keine akademische Kopfgeburt oder ein romantisches Projekt einer heilen Welt handelt, sondern um eine realistische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Nachhaltigkeit, Kooperation und fairer

Institutes für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) am 25./26. Juni 2007. Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglicht die im Winter/Frühjahr 2007/08 erscheinende Buchpublikation des IUFE.



Literaturempfehlung: Huber, Florian J.: *Global Governance und der Global Marshall Plan. Strategien, Kritik und Analyse*, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2007

Veranstaltung

Politikkohärenz – vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien

Mögliche Instrumente für die Umsetzung von Politikkohärenz in Österreich

In der Entwicklungspolitik findet bereits seit einigen Jahren eine rege Kohärenz-Debatte statt, die sich zunehmend auch auf andere Politikbereiche ausweitet. Will man ernsthaft die Lebensbedingungen der Menschen im Süden verbessern, müssen Gesetze, Abkommen und politische Entscheidungen auf europäischer Ebene in ihren Auswirkungen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen vereinbar sein.

Die „Implementierung“ von Politikkohärenz hängt neben dem politischen Willen jedoch auch sehr stark von der politischen Koordinationsfähigkeit und der Flexibilität des Verwaltungssystems ab.

Die Veranstaltung findet anlässlich des im September erschienenen *EU Report on Policy Coherence for Development* der Kommission statt. Mit diesem Bericht werden die Kohärenzbemühungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten einerseits zum ersten Mal unter Beweis gestellt und andererseits künftig die Verbindlichkeit erhöht.

Auch in Österreich gilt es noch ein geeignetes Modell zur Überprüfung von entwicklungspolitischer Kohärenz zu entwickeln.

Die Veranstaltung findet im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für internationale und europäische Angelegenheiten (BMeiA) statt.

Programm

19. November 2007

10 – 13 Uhr, Budgetsaal

Eröffnung durch Nationalratspräsidentin **Mag.ª Barbara Prammer**

HauptreferentInnen

M.A. Heike Schneider, Europäische Kommission, DG Entwicklung, Politikkohärenz

Dr. Guido Ashoff, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, Abteilungsleiter, Kohärenz-Experte

Prof. Firmino Mucavele, The New Partnership for Africa's Development (NEPAD), Geschäftsführer (angefragt)

Abgeordnete **Winifred Komuhangi Masiko**, Parlament der Republik Uganda, Mitglied des Komitees der Verwaltung öffentlicher Mittel und des Komitees natürlicher Ressourcen, Vorsitzende der parlamentarischen Frauenvereinigung, AWEPA Mitglied

Podiumsdiskussion

MR Mag. Anton Mair, stv. Leiter der entwicklungspolitischen Sektion im BMeiA

Mitglieder/Ausschussvorsitzende kohärenz-relevanter parlamentarischer Ausschüsse

Mag.ª Elfriede Schachner, Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ), Geschäftsführerin

Moderation

Dr. Clemens Six, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE), Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Anschließend wird zu einem Empfang in die Säulenhalle gebeten.



Gefördert durch **Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien
Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Nadja Schuster, Jutta Kepplinger, Inge Jäger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dieser Newsletter soll in der Projektlaufzeit (Mai 2006 - April 2008) insgesamt acht mal herausgegeben werden.

